

# Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.



Nr. 32 Berlin und Bonn

29. April 2021



ISSN 2699-9749



**Broemme  
meint**

## Politiker und Experten – Zwei Welten oder ein Universum?

(BS) Seit über einem Jahr wird mehr und mehr deutlich, welche Bedeutung und welchen unmittelbaren Einfluss politische Entscheidungen auf den Einzelnen haben. Von Entscheiderinnen und Entscheidern wird erwartet, dass ihnen die Tragweite ihrer Entscheidung bewusst ist und dass die Grundlage für die getroffenen Entscheidungen ebenfalls klar ist. Berufene und selbstberufene Fachleute nehmen schon immer Einfluss auf politische Entscheidungen. Umgekehrt sind politische Entscheider auf solide Expertisen angewiesen.

Es müsste jedoch eine klare Trennung zwischen politischer Sichtweise und fachlicher Umsetzung erzielt werden. Das Vermengen dieser zwei Ebenen führt dazu, dass politische Entscheidungen auch in fachliche Details eingreifen, was weder erforderlich noch sinnvoll ist. Es wäre wichtig, genau diese Abgrenzung zwischen Politik und Fachwelt als eine der Lehren aus der Corona-Pandemie zu ziehen. Hierdurch wird das demokratische System gestärkt.

### Albrecht Broemme

*Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).*

## "Datenschutz gefährdet Menschenleben"

(BS) Datenschutz oder der Schutz von Leben? Die Frage sollte eigentlich einfach zu beantworten sein. Doch so einfach ist es anscheinend nicht. Der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Unfallchirurgie (DGU), Prof. Dr. Michael J. Raschke, kritisiert die Datenschutzregeln im Hinblick auf die Unfallchirurgie und das Traumaregister der Gesellschaft.

"Seit über zwei Jahren setzen wir uns dafür ein, dass wir pseudonymisierte Daten rechtssicher verwenden dürfen. Datenschutz ist gut und richtig. Aber übertriebener Datenschutz macht unser seit fast 30 Jahren bestehendes Traumaregister nun zunichte und gefährdet damit Menschenleben", so Raschke. Das Traumaregister ist eine Datenbank, bei der Kliniken pseudonymisierte Behandlungsdaten eintragen können. Diese Daten enthalten u. a. Informationen über die Verletzung, Grunderkrankungen von Patienten oder den intensivmedizinischen Behandlungsverlauf.

Mit den Daten soll die Versorgung von Schwerverletzten und die Qualität der Behandlung sichergestellt werden. "Durch die Analyse der Daten können wir sehen, wo es in der Versorgung hakt und an welchen Stellen wir besser werden müssen. Mit Ergebnissen, die einen Überlebensvorteil aufzeigen, werden Diagnostik und Therapie kontinuierlich verbessert", erklärt Prof. Dr. Gerrit Matthes, Leiter der DGU-Sektion Notfall-, Intensivmedizin und Schwerverletztenversorgung (NIS). Doch es werden seit 2018 immer weniger Daten in das Register eingetragen.

Hintergrund der Kritik ist die 2018 in Kraft getretene Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Die Verordnung schafft für die Datenerhebung formale und inhaltliche Unsicherheit. Um Daten der Behandlung



*Die Datenerhebung bei Schwerverletzten gestaltet sich aufgrund der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) schwierig.*

*Foto: BS/Master Tux, [pixabay.com](https://pixabay.com)*

erheben zu können, bräuchte es eigentlich eine Einwilligung der schwerverletzten Patienten. Dies sei jedoch "eine organisatorische und ethisch höchst schwierige bis unlösbare Herausforderung". Es brauche deshalb eine Gesetzesregelung, damit das Register weiter rechtssicher und ohne Einwilligung von Patienten betrieben werden kann.

Ob nun zu Beginn der Pandemie bei der Einführung der Corona-Warn-App und bei der jetzt scharf kritisierten Kontaktnachverfolgungs-App Luca: Immer wieder kommt der Datenschutz auch der Pandemieeindämmung in die Quere.

Schon auf dem Digitalen Katastrophenschutz-Kongress äußerte Dr. Kay Ruge, Stellvertreter des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Landkreistages (DLT), sein Unverständnis über manche datenschutzrechtlichen Vorgaben. "Was wir nicht brauchen, ist eine überbordende Interpretation dessen, was Datenschutz ist", kritisierte Ruge. Er spricht sich dafür aus, die Datenschutzgrundverordnung zu vereinfachen und eine Handhabbarkeit wiederherzustellen.

## Dem Virus im Abwasser auf der Spur

(BS) Abwasser kann viel über eine Stadtbevölkerung und ihren Gesundheitszustand aussagen. Forscherinnen und Forscher wollen sich diesen Umstand zunutze machen und so auf die Suche nach Corona-Viren im Abwasser gehen. In dem Projekt "SARS-CoV-2 Genom im Abwasser – Monitoring der Pandemieentwicklung mittels Sequenzierung" versuchen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von der Technischen Universität (TU) Darmstadt, Mutationen des Virus durch Genomanalysen zu identifizieren und Rückschlüsse auf die Verbreitungswege zu ziehen.

Das Projekt unter der Leitung von Prof. Dr. Susanne Lackner, Fachgebietsleiterin Abwasserwirtschaft des Fachbereichs Bau- und Umweltingenieurwissenschaften an der TU Darmstadt, hat zum Ziel, Konzepte und Messverfahren zu entwickeln, mit denen Mutationen des Corona-Virus und deren Verbreitung möglichst großflächig



Mit Abwasseranalysen sollen das Infektionsgeschehen und die Mutationen des Corona-Virus besser nachvollzogen werden.

Foto: BS/Michal Jarmoluk, [pixabay.com](https://pixabay.com)

über Abwasseranalysen erfasst werden können. Mit dem Vorhaben soll zudem das Potenzial von Abwasseranalysen als Informationsquelle für Epidemien ergründet werden. Konkret sieht das Projekt vor, "Probenahmen, Probenaufbereitung und die Sequenziermethoden weiter auf die Matrix Abwasser anzupassen." Schlussendlich erhofft man sich so, einen Beitrag zur Pandemieeindämmung liefern zu können.

Dazu arbeitet die TU Darmstadt mit dem Wasserwirtschaftsverband Emschergenossenschaft zusammen. Zudem wird das Projektteam von der Firma Endress & Hauser Conducta, die mit ihren Kompetenzen bei der automatisierten Probenahme und -aufbereitung einen Beitrag leistet, und der Firma Thermo Fisher Scientific unterstützt. Thermo Fisher Scientific unterstützt das Team um Prof. Dr. Lackner beratend bei der Auswertung von Sequenzierungsergebnissen und mit neuen Test-Kits.

Das Forschungsprojekt hat eine Laufzeit von einem Jahr und wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Strategie "Forschung für Nachhaltigkeit" (FONA) mit 720.000 Euro gefördert.

Schon Mitte 2020 startete unter der Leitung von Prof. Dr. Lackner das Projekt "Abwasserströme intelligent nutzen – Abwasser als Frühwarnsystem für die Ausbreitung von SARS-CoV-2 am Beispiel Frankfurt am Main", bei dem ein Konzept zum Nachweis von Corona-Viren im Abwasser entwickelt werden sollte.

### Infobox

#### Unsere anderen Angebote

(BS) In den aktuellen Ausgaben der weiteren Newsletter sowie der Podcasts des Behörden Spiegel finden Sie folgende Themen:

#### [Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" vom 26. April:](#)

- Wer verteidigt die Ukraine?
- China stellt amphibisches Angriffsschiff in Dienst

#### [Newsletter "Netzwerk Sicherheit" vom 26. April:](#)

- Ermittlungen gegen einzelne BKA-Mitarbeiter
- NRW: Ortung von Streifenwagen der Polizei
- Nicht-Finanzsektor muss mehr melden

#### [Podcast "Public Sector Insider" vom 27. April:](#)

- Kriege der Zukunft
- Interview mit Harald Joos, CIO der Bundesfinanzverwaltung

#### [Newsletter "E-Government, Informationstechnologie und Politik" vom 28. April:](#)

- App zur kurzfristigen Impfterminvergabe
- Bundestagswahlen gefährdet



## Zukunft – Stadt und Region

Die neue Veranstaltungsplattform des Behörden Spiegel

Für die gesamte kommunale Infrastruktur mit:

- Webkonferenzen und Online-Kongressen
- Online-Diskussionen
- Partner-Webinaren
- Fortbildungs-Webinaren

 Mehr unter: [www.neuestadt.org](http://www.neuestadt.org)



## Diesmal virtuell: vfdb-Fachtagung mit 50 Vorträgen

(BS/Wolfgang Duveneck\*) "Schutz, Rettung, Sicherheit – Herausforderungen der neuen Normalität" – unter diesem Motto steht die [67. Jahresfachtagung der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes \(vfdb\)](#) vom 10. bis 12. Mai 2021. Wegen der Corona-Pandemie findet die Veranstaltung in diesem Jahr ausschließlich online statt. Auf dem Programm stehen rund 50 Vorträge. Zu den Schwerpunkten zählen die jüngsten Erfahrungen aus der aktuellen Krise. Breiten Raum wird auch die Digitalisierung im Bereich der Gefahrenabwehr einnehmen.

Gleich zum Kongress-Auftakt zieht der Leiter des Frankfurter Gesundheitsamts, Prof. Dr. Dr. René Gottschalk, eine Zwischenbilanz zum Thema Corona aus Sicht des öffentlichen Gesundheitswesens. Über die "Medizinethische Perspektive auf die Corona-Krise" spricht anschließend Notfallmediziner Prof. Dr. Leo Latasch, der viele Jahre auch dem Deutschen Ethikrat angehörte. Über "Corona und die Rolle der Politik" referiert der Präsident der Deutschen Hochschule der Polizei und Wissenschaftliche Direktor des Rhein-Ruhr-Instituts für Sozialforschung und Politikberatung, Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange.

Die anschließenden Fachsitzungen bieten den Gästen aus Wissenschaft und Industrie, Behörden, Feuerwehren und Rettungsdiensten ein breites Themenspektrum. Dazu gehört die Forschung in der Gefahrenabwehr ebenso wie die "Verwendbarkeit von Holzkonstruktionen in mehrgeschos-

sigen Gebäuden", die "Simulation der Entfluchtung im Brandfall" und das Thema, das in den vergangenen Jahren aufgrund der Klimaveränderung immer stärker in den Fokus gerückt ist: "Herausforderung Vegetationsbrandbekämpfung – Besonderheiten und zielführende Taktiken."

Weitere größere Themenkomplexe: "Technische Hilfe im Kontext moderner Fahrzeugtechnologie", "Wirkzusammenhang vorbeugender und abwehrender Brandschutz", "Einsatzhygiene bei Bränden", "Betriebliches Krisenmanagement vor neuen Herausforderungen", "Zukunft der Feuerwehr", "Anwendung von alternativen Antriebskonzepten", "Aktuelles aus dem Rettungswesen", "Raus aus dem Elfenbeinturm – Forschung in der Praxis" sowie "Chancen und Gefahren der Digitalisierung". Schon bei den vergangenen Fachtagungen gehörte die Digitalisierung in Deutschland zu den herausragenden Themen. "In diesem Jahr ist die Problematik durch die aktuelle Situation zweifellos noch verstärkt in den Fokus gerückt", sagt vfdb-Präsident Dirk Aschenbrenner. Ferner berichten Experten über internationale Großschadenslagen wie die Waldbrände in Kalifornien und die Explosion in Beirut im vergangenen Jahr.

"Es tut uns leid, dass wir auf eine Präsenzveranstaltung verzichten müssen", so Aschenbrenner. "Denn neben dem hochkarätigen Vortragsprogramm haben immer auch die persönlichen Begegnungen über Jahrzehnte den Charakter unserer Fach-



Auch ein originelles Beisammensein gehört zum Programm der Fachtagung – ebenfalls "online".

Foto: BS/vfdb

tagungen bestimmt." Damit aber in einer Abendveranstaltung auch virtuell für Networking gesorgt ist, hat sich Generalsekretär Dr. Dirk Oberhagemann etwas Besonderes einfallen lassen: Alle Teilnehmer erhalten vorab ein kleines "Lüttje-Lagen"-Set zugesandt. Eine Lüttje-Lage ist ein obergäriges Schankbier, das mit Hilfe einer besonderen Trinktechnik gleichzeitig mit einem Schnaps getrunken wird. Der Brauch ist nur im Raum Hannover bekannt. Dazu Dr. Oberhagemann: "Für uns ist das zugleich ein origineller Hinweis auf die nächste INTERSCHUTZ, die von 20. bis 25. Juni 2022 in Hannover stattfindet." In einer weiteren Abendveranstaltung ist ein Besuch via Internet im Deutschen Rettungsrobotik-Zentrum (DRZ) geplant.

\*Wolfgang Duveneck ist Pressesprecher bei der vfdb.

## DAS NEUE E-JOURNAL.

Dein Newsfeed. Dein Ratgeber.  
Deine Plattform für den  
Öffentlichen Dienst von morgen.  
[www.f4p.online](http://www.f4p.online)



## Virentötende Masken made in Israel

(BS) Seit Beginn der Pandemie wird über kaum eine Infektionsschutzmaßnahme so gestritten, wie über die Verwendung von Masken, offiziell Mund- und Nasenschutz. Die Evolution der Masken von selbstgenähten Nase-Mund-Bedeckungen über medizinische Masken hin zu FFP2-Masken soll mit einem neuen Maskentyp eine neue Stufe erreichen. Ein Unternehmen aus Israel hat eine Maske entwickelt, die Viren, die auf die Maske treffen, innerhalb von fünf Minuten abtötet.

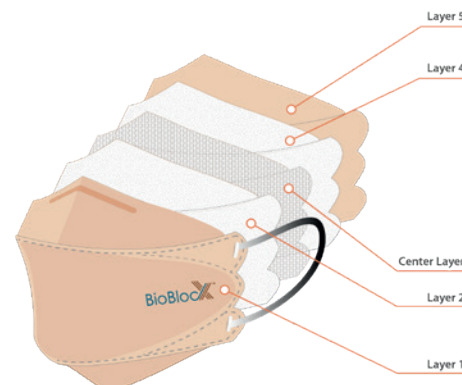
Dr. Jeff Gabbay, US-israelischer Textilwissenschaftler und verantwortlicher Entwickler der patentierten BioBloX-Masken, sieht in den Masken den einfachsten Weg zur Viruseindämmung. Denn der Clou an seinen Masken ist folgender: Die BioBloX-Masken filtern nicht nur Viren beim Ein- und Ausatmen, sondern töten innerhalb von fünf Minuten Viren dabei ab. Dies sei, so Gabbay, bisher einmalig auf der Welt. Möglich macht dies ein mehrlagiges Textil. Die fünf-lagigen bzw. dreilagigen Masken verfügen über Membrane, die die Virenübertragung durch die Bedeckung massiv verlangsamen, und über bioaktive Lagen, die unter anderem mit Kupferoxiden versetzt sind und so die Viren abtöten. Diese Masken sollen so selbststerilisierend sein. Dies bedeutet, unterstreicht Gabbay gegenüber dem Be-

hörden Spiegel, dass die Maske zwei Aufgaben gleichzeitig übernehme: Filtration und Abtötung. Die Abtötung hat man sich von einem unabhängigen Labor bestätigen lassen.

Die Textile war ursprünglich nicht für den Gebrauch als alltägliche Maske konzipiert. Gabbay entwickelte die Zusammensetzung des Materials zur Bekämpfung von Krankenhauskeimen, die jährlich unzählige Opfer fordern. Das Material sollte eigentlich vorrangig bei Bettlaken und Überzügen, Handschuhen, Handtüchern und Schutzkleidung zum Einsatz kommen.

### Tragedauer von über einem Monat

Durch ihre Beschaffenheit könne die Maske nun maximal zehn bis zwölf Stunden täglich getragen werden. Ebenso könne die Maske bis zu zwei Monaten genutzt werden. Damit sei sie wesentlich nachhaltiger und kostengünstiger als vergleichbare Schutzausrüstung. Durch ihre antiviralen Eigenschaften sieht Gabbay die Maske als einen wichtigen Baustein im Kampf gegen das Corona-Virus und gegen andere Viruserkrankungen. Während Impfungen nur für einen bestimmten Virus entwickelt werden, würden die Masken auch gegen andere Viren helfen. Ebenso würde die Maske auch bei den Mutationen des Corona-Virus



Die Masken von BioBloX sollen durch ihren fünf-lagigen Aufbau nicht nur Viren filtern, sondern auch die Krankheitserreger innerhalb von fünf Minuten abtöten.

Foto: BS/BioBloX Europe GmbH

gleich gut funktionieren. Die BioBloX-Masken werden mittlerweile in Europa gefertigt und die o. g. sind FFP2-zertifiziert. Die Masken werden vom deutschen Unternehmen BioBloX Europe GmbH vertrieben.

Viren abzutöten und nicht nur teilweise zu filtern, bietet, laut Gabbay, die einzige derzeitige Möglichkeit, die Verbreitung des Corona-Virus aktiv zu bekämpfen und einzudämmen. Interesse an dieser Maskenentwicklung haben bereits mehrere Sicherheitsbehörden, ein Bundesland und ein westeuropäischer Staat angemeldet.

## Rettungsdienst in dritter Welle besonders überlastet

(BS) Über 70 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Rettungsdiensten, auf den Intensivstationen und in der Notaufnahme fühlen sich in der momentanen dritten Infektionswelle des Corona-Virus überlastet. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage der Deutschen Gesellschaft für Internistische Intensivmedizin und Notfallmedizin (DGIIN). Alarmierend dabei ist, dass ein Drittel der Befragten plant, in den nächsten zwölf Monaten seinen Beruf wechseln zu wollen.

Aber nicht nur die Berufstätigen in den Gesundheitsfachberufen fühlen sich überlastet, sondern auch 45 Prozent der befragten Ärztinnen und Ärzte fühlen sich über-

fordert. Knapp 20 Prozent des ärztlichen Personals planen ihren Beruf zu verlassen. Als Grund geben die Berufstätigen die durch die Corona-Pandemie verschlechterten Arbeitsbedingungen an. Sie befürchten außerdem, dass in Zukunft die Bereiche der Intensiv- und Notfallmedizin strukturell und personell nicht mehr ausreichend ausgestattet sein werden. Es fehlten laut den Teilnehmern Lösungsansätze und die Politik beachte zu wenig den Mangel an Pflege- und ärztlichem Personal. Es brauche nachhaltige Reformen, um den Personalmangel zu lindern, so Carsten Hermes, Sprecher der Sektion Pflege bei der DGIIN. "Diese Ergebnisse zeigen, dass das Personal erschöpft

ist. Es ist wichtig, dass die Politik wirksame Maßnahmen trifft, um die dritte Welle zu brechen", so Professor Dr. Uwe Janssens, Generalsekretär der DGIIN.

Die Gesellschaft fordert konkrete Verbesserung insbesondere für die Pflegeberufe, wie eine gerechtere Bezahlung, nachhaltige Anpassungen der Arbeitsbedingungen und verbindliche Personalschlüssel.

An der Umfrage beteiligten sich zwischen dem 5. April und dem 16. April 2021 1.321 Mitarbeiter aus den Bereichen der Intensiv- und Notfallmedizin sowie des Rettungswesens. Davon sind rund 65 Prozent in Gesundheitsfachberufen tätig und 35 Prozent ärztliche Mitarbeitende.

## Plakatkampagne für das Ehrenamt

(BS) Das Innenministerium in Düsseldorf wirbt mit 1.600 Plakaten in 350 Kommunen für mehr ehrenamtliches Engagement im Katastrophenschutz. Die Plakatkampagne stellt den Beginn eines neuen Abschnitts der seit September 2020 laufenden landesweiten Image-Strategie zur Stärkung des Ehrenamtes dar.

Die Aktion hat neben der Werbung um neue Kräfte für den Katastrophenschutz zum Ziel, den "ehrenamtlichen Katastrophenschützerinnen und Katastrophenschützern ein Gesicht zu geben". "Die Plakate seien auch ein Dankeschön an die Ehrenamtlichen. Auf den Bildern sehen Sie keine Models oder Schauspieler, sondern ehrenamtliche Katastrophenschützerinnen

und Katastrophenschützer aus dem echten Leben", erklärte Herbert Reul (CDU), Innenminister von Nordrhein-Westfalen, bei der Vorstellung der Aktion. Vorangegangen war eine wissenschaftliche Studie zum Ehrenamt im Katastrophenschutz. Die Erkenntnisse daraus flossen in die Image-Strategie ein. "Ohne die rund 100.000 Ehrenamtlichen sähe der Katastrophenschutz in Nordrhein-Westfalen ganz anders aus. Wie unerlässlich diese Menschen für unser Gemeinwohl sind, hat uns die Corona-Pandemie eindringlich vor Augen geführt. Auch der Klimawandel und extreme Wetterereignisse zeigen, dass Katastrophenschutz wichtiger denn je ist. Ohne Freiwillige geht es nicht", unterstrich Reul.



Ein "Danke" und eine Werbung für Kräfte im Katastrophenschutz: die neue Plakatkampagne in NRW.

Foto: BS/IM NRW

## Gründung der Stiftung Kampfmittelfreier Lebensraum

(BS) Die Folgen des Zweiten Weltkrieges sind heute noch in vielfältiger Form zu spüren. Besonders Bombenblindgänger machen der Gefahrenabwehr immer wieder zu schaffen. Deshalb wurde nun die Stiftung Kampfmittelfreier Lebensraum mit Sitz in Erfurt gegründet.

Die bundesweit tätige Stiftung hat sich zum Ziel gesetzt, Maßnahmen zur Identifizierung, Ortung, Räumung und Vernichtung von Kampfmitteln zu fördern. Ebenso möchte die Stiftung Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen über Gefahren von Blindgängern und der Gefahrenprävention durchführen. Zudem sind Schulun-

gen für Amtsträgerinnen und -träger zum richtigen Verhalten im Gefahrenfall sowie Aus- und Fortbildungen von Fachkräften der Kampfmittelbeseitigung geplant.

"Wir übernehmen Verantwortung für die nachfolgenden Generationen und unterstreichen das auch durch den Stiftungsauftrag, der neben der Schaffung von kampfmittelfreiem Lebensraum auch eine professionelle Fortbildung in der Kampfmittelräumung als Kernaufgabe formuliert", erläuterte Günter Westrup, Sprecher des Stiftungskuratoriums, die Zielsetzung. Der thüringische Innenminister, Georg Maier (SPD), sagte zur Gründung der Stiftung: "Ich

freue mich, die Stiftung anerkennen zu dürfen. Für ihre Arbeit wünsche ich ihr größtmöglichen Erfolg. Die Stiftung wird sich vorbildlich für das Gemeinwesen und das Lebensumfeld der Menschen einsetzen. Für diesen Impuls bin ich allen Beteiligten sehr dankbar."

Experten gehen davon aus, dass während des Zweiten Weltkrieges 1,3 bis 1,4 Millionen Tonnen Bomben und andere Kampfmittel bei Luftangriffen auf das Gebiet des damaligen Deutschen Reichs abgeworfen wurden. Genaue Zahlen hat aber niemand, da Daten aus der ehemaligen Sowjetunion nicht verfügbar sind.

## 2,7 Millionen Euro für digitalen Impfpass

(BS) Seit einiger Zeit steht fest: Der digitale Impfpass wird kommen. In der Antwort (19/28275) auf eine Kleine Anfrage der FDP äußerte sich die Bundesregierung nun zu voraussichtlichen Kosten, Rollout sowie der Vermeidung von Doppelstrukturen.

Spätestens zum Beginn der zweiten Jahreshälfte soll er zur Verfügung stehen, der digitale Impfpass. Zwar handle es sich zu diesem Zeitpunkt noch um eine provisorische Variante, doch solle die endgültige Version im Rahmen der Fortentwicklung der elektronischen Patientenakte (ePA) schon ab dem 1. Januar 2022 eingeführt werden. Nach derzeitigem Stand rechne man mit Kosten in Höhe von 2,7 Millionen Euro für die Entwicklung.

### Frühere Einführung nicht möglich

Ein früherer Rollout sei nicht möglich, da die notwendigen Voraussetzungen für eine Integration eines strukturierten Impfausweises erst mit der elektronischen Patientenakte in der Version 2.0 geschaffen wären. Deren Fortschreiten kommentiert die Regierung wiederum als "planmäßig": Alle notwendigen Festlegungen seien bereits beschlossen worden. Zu etwaigen Kosten könne man noch keine Aussage treffen, da der Impfausweis als Teil der ePA von den Krankenkassen beauftragt wurde. Was die Datenübertragung vom provisorischen Impfpass anbelange, arbeite die gematik derzeit am einem Migrationsszenario. In diesem Zusammenhang werde zudem an



Zur Mitte des Jahres soll er kommen: der digitale Impfpass.

Foto: BS/Markus Winkler, [pixabay.com](https://pixabay.com)

der Möglichkeit gearbeitet, den Impfnachweis auch außerhalb des deutschen Gesundheitssystems – bspw. gegenüber Drittstaaten – zu erbringen.

Für Bürgerinnen und Bürger bleibe die Nutzung kostenlos, bestätigt die Bundesregierung. Unklarheit bestehe aber noch mit Blick auf Finanzierung und Vergütung bei der Erstellung des digitalen Impfnachweises durch impfberechtigte Institutionen wie Impfzentren oder Arztpraxen. Hier befinde man sich aktuell noch in der Prüfung.

### Analoge Variante weiterhin möglich

Parallel zu dem digitalen Impfpass wird es weiterhin die analoge Variante geben. Das Bundesgesundheitsministerium (BMG) versichert, dass für einen Impfnachweis das "bekannte gelbe Heft" reiche und gültig sei. Der digitale Impfnachweis sei lediglich ein freiwilliges und ergänzendes Angebot.

## Weitere impfberechtigt

(BS) Feuerwehrangehörige, die den Rettungsdienst unterstützen oder als Ersthelfer tätig sind, sind nun im südwestlichen Bundesland impfberechtigt. Dies ist das Ergebnis des Impfgipfels der Landesregierung Baden-Württembergs.

Mit dieser Entscheidung sind jetzt die rund 110.000 baden-württembergischen Feuerwehrangehörigen in der Impfverordnung des Landes höher priorisiert. Die Priorisierung dazu traf das Land in Absprache mit dem Landesfeuerwehrverband (LFV) Baden-Württemberg. Dr. Frank Knödler, Präsident des LFV Baden-Württemberg, erklärte, die Ergebnisse des Impfgipfels würden übersetzt bedeuten, dass sich Feuerwehrangehörige in den Einsatzabteilungen für eine Corona-Schutzimpfung anmelden könnten. "Wir stehen zudem im Austausch mit den betroffenen Landesministerien, um zu prüfen, ob durch Blocktermine ein vereinfachtes Anmeldeverfahren möglich ist", so Knödler. "Die Feuerwehren leisten auch in der Pandemie hervorragende Arbeit – und einen ganz entscheidenden Dienst für die Gemeinschaft. Da ist es nur richtig, dass auch Feuerwehrlaute, die als Ersthelfer in Kontakt mit Patientinnen und Patienten oder Verletzten kommen und den Rettungsdienst unterstützen, aber noch nicht geimpft sind, jetzt einbezogen werden", fügte Thomas Strobl (CDU), Innenminister Baden-Württembergs, hinzu. Auch in anderen Bundesländern können sich Feuerwehrangehörige impfen lassen.

DIGITALER  STAAT  
WEBINAR.

### Wieso, weshalb, warum – Dashboards als Analyseantwort für Bundes- und Landesbehörden

Donnerstag, 6. Mai, 10:00 – 11:30 Uhr



**Olaf Nölle**  
Kundenberater, Disy  
Informationssysteme GmbH



**Dominik Kumer**  
Kundenberater, Disy  
Informationssysteme GmbH



## Erstes Verbindungsbüro beim BBK

(BS) Die Neuausrichtung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) nimmt weiter Form an. Das erste Verbindungsbüro der Hilfsorganisationen beim Bundesamt wurde von Dr. Heike Spieker vom Deutschen Roten Kreuz (DRK) besetzt. Damit soll das bestehende Netzwerk im Bevölkerungsschutz im Hinblick auf das Gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz gefestigt werden.

Spieker ist seit vielen Jahren im Generalsekretariat des DRK in leitender Position tätig. Sie wird die Hilfsorganisation unter anderem in ihrer Rolle als Nationale Hilfsgesellschaft im Bundesamt vertreten.

"Vernetzung und Kooperation sind die Basis für effektives Krisenmanagement in dieser komplexen Welt. Sowohl vor als auch

in der Krise müssen alle beteiligten Akteure eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Für verlässliche Analysen, Prognosen, Pläne und Verfahren kommt es auf alle Fähigkeiten und Erfahrungen an. Kurze Wege bringen uns hier enorm weiter", erklärte Armin Schuster, Präsident des BBK, zu der Einrichtung des Verbindungsbüros.

Das BBK und das DRK wollen in besonderem Maße in den Bereichen Förderung des Ehrenamtes, Ausstattung, Erste-Hilfe-Ausbildung und Pflegeunterstützungskräfte zusammenarbeiten. Konkret liegen die Schwerpunkte bei der Kooperation auf dem "Labor 5000", dem Sanitäts- und Betreuungsdienst und den Nationalen Reserven. Es sollen weitere Verbindungsbüros von den anderen Hilfsorganisationen eingerichtet werden. Dazu finden bereits Gespräche statt.



Werden sich künftig häufiger sehen: (v.l.n.r) Dr. Wolfram Geier (BBK), Dr. Heike Spieker (DRK) und BBK-Präsident Armin Schuster.

Foto: BS/BBK, Holzem

## EU unterstützt DRK bei mobilen Tests

(BS) Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) wird von der Europäischen Union bei der bundesweiten Durchführung von Corona-Schnelltests unterstützt. Die Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit der EU-Kommission (DG Sante) stattet dafür die "Initiative zur Ausweitung der mobilen Covid-19-Testkapazitäten in der EU" mit 35,5 Millionen Euro aus. Die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften (IFRC) koordiniert diese Initiative. Die Initiative wird in allen 19 DRK-Landesverbänden umgesetzt. Dazu

sollen insgesamt 38 zusätzliche Testmöglichkeiten aufgebaut werden. Von diesen 38 Teststellen sind 19 stationäre Testzelte und 19 mobile Test-Teams. Die mobilen Teams werden hauptsächlich in Einrichtungen für Senioren, Kindergärten und Schulen eingesetzt.

Zur Umsetzung erhält jeder Landesverband ein Einsatzfahrzeug, ein Zelt sowie einen Generator. Zusätzlich wird Persönliche Schutzausrüstung (PSA), wie FFP2-Masken, Kittel und Hauben, sowie Desinfektionsmittel bereitgestellt. "Pro Landesverband

werden außerdem 200 Testerinnen und Tester ausgebildet – viele davon ehrenamtlich. Sie stehen auch über dieses Projekt hinaus bereit, um das DRK und die Behörden künftig beim Katastrophenschutz zu unterstützen", erklärte DRK-Generalsekretär Christian Reuter. Neben der deutschen Hilfsgesellschaft sind auch die Rotkreuz-Organisationen in Griechenland, Italien, Malta, Portugal, Spanien und Österreich an dem Projekt beteiligt und erhalten EU-Mittel. Das Projekt ist bis zum 30. September 2021 befristet.

DIGITALER  STAAT  
WEBINAR. PARTNER

### Daten in Bewegung – So geht Datenstreaming für Behörden

Donnerstag, 24. Juni, 9:30 – 11:00 Uhr



**Kai Waehner**  
Field CTO & Technology Evangelist,  
Confluent Germany GmbH



**Thomas Scheidler**  
Industry Lead Public Sector,  
Confluent Germany GmbH



## "Wasserpfennig" finanziert Hochwasserschutz

(BS) Baden-Württembergs Einnahmen aus dem Wasserentnahmeentgelt ("Wasserpfennig"; oder WEE) haben sich in den letzten zehn Jahren, von "rund 25 Millionen Euro im Jahr 2011 auf derzeit 83,5 Millionen Euro", mehr als verdreifacht. "Dieser deutliche Mittelzuwachs belegt, dass wir mit der Zweckbindung des Wasserentnahmeentgelts die richtige Entscheidung getroffen haben", erklärt Umweltminister, Franz Untersteller (Bündnis90/Die Grünen).

Diese Einnahmen sind an wasserwirtschaftliche und gewässerökologische Aufgaben gebunden und kommen somit dem Hochwasserschutz und der Gewässerökologie zugute. Untersteller: "Hochwasserschutz und Gewässerökologie zum Schutz der Menschen und der Umwelt haben so in Baden-Württemberg eine solide Finanzie-

rungsbasis und können verlässlich umgesetzt werden." Rund 43 Prozent der Wasserpfennigeinnahmen werden in diesem Jahr für die Wiederherstellung des Hochwasserschutzes im Landkreis Rastatt am Oberrhein verwendet. Hochwasserschutzdämme der Regierungsbezirke Freiburg und Karlsruhe erhalten rund 16 Prozent des WEE und der technische Hochwasserschutz rund acht Prozent.

Zudem kommen rund 15 Prozent der Einnahmen den Landesprogrammen der Gewässerökologie zugute. Auch Maßnahmen an Gewässern, die in der Zuständigkeit von Kommunen liegen, werden finanziell unterstützt. Hierfür werden zusätzlich rund 51 Millionen Euro aus dem Haushalt bereitgestellt. "Insgesamt stehen damit 134,5 Millionen Euro für Hochwasserschutz- und



*Wasserwirtschaftliche und gewässerökologische Belange des Landes werden durch das Wasserentnahmeentgelt finanziert.*

*Foto: BS/46173, pixabay.com*

Ökologemaßnahmen an größeren und kleineren Gewässern im Land bereit", schreibt die Landesregierung.

## Mehr Fahrradunfälle in Thüringen

(BS) 47.920 Verkehrsunfälle ereigneten sich im vergangenen Jahr im Freistaat Thüringen. Die Anzahl der Unfälle verringerte sich damit im Vergleich zum Vorjahr um 14,1 Prozent. Die Zahl der dabei getöteten Personen ist mit 2.724 so niedrig wie noch nie seit der Einführung der Verkehrsunfallstatistik (VKU) vor rund 60 Jahren. Ein Anstieg ist jedoch bei der Unfallbeteiligung von Radfahrern zu verzeichnen.

Im Einklang mit dem Abwärtstrend der Unfälle sank auch die Anzahl der im Verkehr Schwerverletzten um rund zehn Prozent,

die Anzahl der Leichtverletzten um 14,6 Prozent. Die Abnahme der Unfälle spiegelt sich auch in den Statistiken für die einzelnen Fahrzeugtypen und Verkehrsteilnehmer wider: Verkehrsunfälle mit Beteiligung von Güterfahrzeugen gingen um acht Prozentpunkte, Unfälle mit Beteiligung von motorisierten Zweirädern um 8,6 Prozent zurück. Ebenso waren 120 Fußgänger weniger als im Vorjahr an Unfällen beteiligt. Die Zahl der Verkehrsunfälle mit Beteiligung von Radfahrern stieg indes um 4,9 Prozent. In rund 57 Prozent der Fälle sind die Zweirad-

fahrer dabei selbst als Unfallsverursacher verzeichnet worden.

Für die Trends werden vornehmlich die durch die Corona-Pandemie veränderte Mobilität und das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger als ursächlich betrachtet. Die Unfallursachen hätten sich im Vergleich zu den Vorjahren jedoch nicht gravierend verändert, heißt es. Mit rund 29 Prozent ist eine überhöhte Geschwindigkeit die häufigste Unfallursache, die Nichtbeachtung des Vorfahrtsrechts folgt mit 24,5 Prozent an zweiter Stelle.

SERVICES DER CYBER AKADEMIE

Komplettlösung für Ihre IT-Sicherheit

Technisch. Organisatorisch. Individuell.

E-Learning. Phishing-Simulationen. IT-Notfallübungen. Pentests.

Details:

[www.cyber-akademie.de/services](http://www.cyber-akademie.de/services)

Kontakt:

[info@cyber-akademie.de](mailto:info@cyber-akademie.de)



CAK

Cyber Akademie



## Musterfahrzeug vorgestellt

(BS) Im Rahmen des Förderprogramms "Zukunftsfähige Feuerwehr" des Landes Mecklenburg-Vorpommern wurde nun das Musterfahrzeug zur Waldbrandbekämpfung vorgestellt. Den Zuschlag für die Beschaffung von elf Einsatzfahrzeugen des Typs TLF 5000 (TLF-W Typ Brandenburg) erhielt das Unternehmen Metallbau und Fahrzeughandel Friedrich.

Als Novum führten bei diesem Programm das Land Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zentral ein gemeinsames Vergabeverfahren für diesen Fahrzeugtyp durch. Das Land Mecklenburg-Vorpommern übernimmt bei der Beschaffung 80 Prozent der Kosten. Die restlichen 20 Prozent werden von den beteiligten Kommunen gestemmt. Die begünstigten Kreise und kreisfreien Städte haben schon die jeweiligen Zuwendungsbescheide in Höhe von 308.000 Euro erhalten. Die ersten beiden Fahrzeuge sollen noch in diesem Jahr an die Landkreise Ludwigslust-Parchim und Mecklenburgische Seenplatte ausgeliefert werden. Die restlichen neuen TLF 5000 werden im kommenden Jahr erwartet. Insgesamt beschaffen Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg 40 TLFs.

### Lehre aus vergangenen Bränden

"Waldbrände wie der in Lübbchen vor zwei Jahren sind eine große Herausforderung für unsere Feuerwehren. Mit dem Einsatz dieser speziellen Löschfahrzeuge schaffen wir landesweit ein solides Fundament für die



Als Lehre aus den vergangenen Waldbränden beschafft das Land Mecklenburg-Vorpommern zusammen mit Brandenburg mehrere geländefähige TLF-5000.

Foto: BS/LSTE

Gewährleistung des überörtlichen Brandschutzes und des Katastrophenschutzes angesichts wachsender Waldbrandgefahren", sagte der Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns, Torsten Renz (CDU).

In den nächsten vier Jahren will das Land Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 50 Millionen Euro zur Verbesserung des Brandschutzes investieren. Mit dem Geld wird insbesondere die Beschaffung von modernen Feuerwehrfahrzeugen gefördert. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit werden die Beschaffungen durch das Land zentral durchgeführt. Durch die gemeinsame Beschaffung spare man Zeit und Geld. Zusätzlich habe man dann in beiden Bundesländern kompatible Technik, heißt es aus dem Ministerium.

## THW-Hackathon

(BS) Apps für den Einsatz selbst entwickeln und programmieren. Dies haben ehren- und hauptamtliche Kräfte des Technischen Hilfswerks (THW) in einem dreitägigen Hackathon in Zusammenarbeit mit Siemens gelernt. Die Kräfte lernten bei dem virtuellen Wettbewerb, eine intuitive Entwicklungsoberfläche zu nutzen, um eigene Applikationen nach eigenen Bedürfnissen zu gestalten. Unterstützt wurden die Teams der Hilfsorganisation von Siemens Digital Industries und Yes!WeHelp, einem gemeinnützigen App-Entwickler. Für die Aktion nutzten die THW-Kräfte die von der Siemens Caring Hands gespendeten 668 Tablets, die in den vergangenen Wochen übergeben wurden. Bei dem Wettbewerb tauschten sich die gemischten THW-Teams mit den Entwicklern des Unternehmens und von Yes!WeHelp schwerpunktmäßig zu Ideen für die Digitalisierung von u. a. Einsatz-Taschenkarten, der THW-Grundausbildung oder dem Handbuch des Einsatzgerüstsystems (EGS) aus. Anschließend wurden gemeinsame Lösungen entwickelt. Am dritten Tag stellten die Teams dann ihre Ergebnisse in Form eines Produkt-Pitch einer Jury vor.

Das Projekt ist ein Bestandteil der Initiative PROGRESSUS der THW-Stiftung. Die Initiative soll das THW befähigen, mit Hilfe digitaler Lösungen effizienter, zielgerichteter und schneller helfen zu können. Siemens Caring Hands e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 von der Siemens AG gegründet wurde.



Webinar

### E-Mobilität im ÖPNV – nicht nur für Großstädte machbar

Dienstag, 25. Mai 2021 13:30 – 15:00 Uhr



**Dr. Christiane Döll**  
Beigeordnete und zuständige  
Dezernentin für den Bereich  
ÖPNV der Stadt Ingelheim  
am Rhein



**Dr. Jan Deuster**  
Rechtsanwalt | Partner,  
Cornelius Bartenbach Haesemann  
& Partner Partnerschaft von  
Rechtsanwälten mbB



**Dr. Christoph Zimmer**  
Geschäftsführer,  
BPV Consult GmbH



**Rüdiger Schmidt**  
Regionalleiter Bus Südwest /  
Geschäftsführer, Transdev  
Verkehr GmbH



Grafik: BS/Hoffmann  
unter Heranziehung von  
darkotic, stock.adobe.com



Foto: Michael Stiffler, stock.adobe.com

# WEBINAR

## Beschaffung von Einsatzfahrzeugen für die Feuerwehr

Vergabeverfahren, Leistungsbeschreibung, Angebotsprüfung und -wertung, Abnahme

**23. Juni 2021, 09:30 Uhr – 17:30 Uhr, München**

Anhand von anschaulichen Beispielen vermittelt das Webinar grundlegendes Wissen darüber, wie einerseits unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage ein wirtschaftliches und rechtskonformes Vergabeverfahren durchgeführt und andererseits eine ordnungsgemäße Leistungserbringung sichergestellt werden kann.

Ihre Referenten:

**Günther Pinkenburg**, LL.M., Rechtsanwalt, Fachanwalt für Vergaberecht. Seit 1991 aktives Feuerwehrmitglied, Ausbilder und Führungsdienstgrad. Mitwirkung im Fachbereich 2 des Landesfeuerwehrverbandes Bayern.

**Thomas Zawadke**, Dipl.-Ing. (FH) Fahrzeugtechnik, selbständiger Beratungs- und Entwicklungsingenieur. Seit 1973 aktives Feuerwehrmitglied. Lehrauftrag „Feuerwehrfahrzeugtechnik“ an der Hochschule Ulm. Mitarbeit im DIN in den drei Arbeitsgremien für Löschfahrzeuge, Sonderfahrzeuge und Ausrüstung.

Weitere Informationen und Anmeldung unter: [www.fuehrungskraefte-forum.de](http://www.fuehrungskraefte-forum.de); Suchwort „Feuerwehr“

*Falls die Veranstaltungen aufgrund der Pandemielage nicht vor Ort durchgeführt werden können, bieten wir die Inhalte in Rücksprache mit den Teilnehmenden am selben Tag virtuell an.*

### Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Marco Feldmann, Bennet Klawon. Redaktion: Dorothee Frank, Jörn Fieseler, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Malin Jacobson, Lora Köstler-Messaoudi, Gerd Lehmann, Matthias Lorenz, Thomas Petersdorff, Dr. Gerd Portugall, Dr. Eva-Charlotte Proll, Paul Schubert, Benjamin Stiebel. Online-Redaktion: Michael Harbeke, Ann Kathrin Herweg, Tanja Klement, Tim Rotthaus. Redaktionsassistenten: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,

E-Mail: [redaktion@behoerderspiegel.de](mailto:redaktion@behoerderspiegel.de); [www.behoerderspiegel.de](http://www.behoerderspiegel.de). Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker, Christoph Unger. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.